

Antrag

der Abg. Julia Goll u. a. FDP/DVP

Klimaneutrale Landesverwaltung und Maßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welchen prozentualen Anteil an den CO₂-Gesamtemissionen der Landesverwaltung der Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen insgesamt ausmacht und wie sich dieser in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;
2. wie sich die von den Gebäuden des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und die von den Gebäuden in dessen Geschäftsbereich verursachten CO₂-Emissionen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt haben;
3. wie sie den aktuellen energetischen Zustand der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude bewertet (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gebäuden);
4. inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren an den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden Maßnahmen zur energetischen Sanierung durchgeführt hat und inwiefern sie plant, solche Maßnahmen bis 2030 durchzuführen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach den jeweiligen Gebäuden sowie nach Art der jeweiligen Maßnahme zur energetischen Sanierung und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);
5. soweit dies der Fall war: warum Sanierungen nur teilweise durchgeführt wurden, künftig also weitere Sanierungen notwendig sein werden (bitte unter Nennung der jeweiligen Gebäude und der voraussichtlichen Kosten und Mehrkosten);
6. inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen neben Maßnahmen der energetischen Sanierung weitere Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen durchgeführt hat und die Fortsetzung solcher weiterer Maßnahmen bis 2030 plant (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach Art der jeweiligen Maßnahme und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);
7. inwieweit und ggf. in welcher Form sie angesichts der angespannten Haushaltssituation bei den unter den Ziffern 4 und 6 aufgeführten Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen eine Priorisierung der Maßnahmen vorsieht;
8. inwiefern in den vergangenen fünf Jahren an oder auf den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden welche Photovoltaikanlagen installiert wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Gebäude und Baujahr sowie der jährlichen Gesamtleistung der jeweiligen Photovoltaikanlage);

9. an oder auf welchen der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude ihrer Kenntnis nach Photovoltaikanlagen ökonomisch und ökologisch sinnvoll realisiert werden können (mit Angabe der bis 2030 geplanten Installationen);
10. welchen prozentualen Anteil an den CO₂-Gesamtemissionen des Geschäftsbereichs des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen der Fuhrpark und die Dienstreisen des Ministeriums selbst ausmachen (mit Angabe der Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren);
11. inwiefern im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sowie in dessen Geschäftsbereich bisher ein Energiemanagement etabliert wurde und welche Erkenntnisse die Landesregierung ggf. hieraus bisher hat;
12. inwiefern sie die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen als ausreichend erachtet, um dem von ihr selbst gesetzten Ziel der klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 gerecht zu werden.

6.8.2021

Goll, Weinmann, Haußmann, Dr. Jung, Dr. Schweickert, Haag, Heitlinger, Karrais, Dr. Kern, Fischer
FDP/DVP

Begründung

Die Landesregierung hat sich in dem im Oktober 2020 verabschiedeten Klimaschutzgesetz für Baden-Württemberg das Ziel vorgegeben, die Landesverwaltung bis 2040 weitgehend klimaneutral auszurichten. Nach dem am 13. Juli 2021 von den Regierungsfractionen eingebrachten Gesetzentwurf – Gesetz zur Änderung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg (Drucksache 17/521) – soll dieses Ziel nun bereits bis zum Jahre 2030 erreicht werden. Mit dem Antrag soll in Erfahrung gebracht werden, welche Maßnahmen hierzu im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen umgesetzt wurden und vorgesehen sind.

**MINISTERIUM FÜR FINANZEN
BADEN-WÜRTTEMBERG**

Postfach 10 14 53 70013 Stuttgart
E-Mail: poststelle@fm.bwl.de
Telefax: 0711 123-4796

An die
Präsidentin des Landtags
von Baden-Württemberg
Frau Muhterem Aras MdL
Haus des Landtags
Konrad-Adenauer-Straße 3
70173 Stuttgart

nachrichtlich

Staatsministerium

Ministerium des Inneren
für Digitalisierung und Kommunen

Ministerium für Umwelt,
Klima und Energiewirtschaft

Antrag der Abgeordneten Julia Goll u. a. FDP/DVP
- Klimaneutrale Landesverwaltung und Maßnahmen im Geschäftsbereich des
Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
- Drucksache 17/688

Ihr Schreiben vom 11. August 2021

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

das Ministerium für Finanzen nimmt zu dem Antrag im Einvernehmen mit dem Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sowie dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. *welchen prozentualen Anteil an den CO₂-Gesamtemissionen der Landesverwaltung der Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen insgesamt ausmacht und wie sich dieser in den vergangenen fünf Jahren entwickelt hat;*

Zu 1.:

Nach § 7 Absatz 3 des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg legt die Landesregierung dem Landtag alle drei Jahre einen Gesamtbericht „Auf dem Weg in die klimaneutrale Landesverwaltung“ vor. Der zweite Fortschrittsbericht, der die wesentlichen CO₂-Emissionen der Landesverwaltung in den Jahren 2010 bis 2018 aufzeigt, erschien 2020 - <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/auf-dem-weg-in-die-klimaneutrale-landesverwaltung-zweiter-fortschrittsbericht-vorgelegt/>. Der dritte Fortschrittsbericht soll 2023 erscheinen.

In diesem Bericht werden die Treibhausgasemissionen in den Sektoren Strom- und Wärmebedarf der Liegenschaften sowie Mobilität und Dienstreisen zusammenfassend dargestellt und die Entwicklungen in den Sektoren Beschaffung und Green IT sowie Ernährung und Angebote in Kantinen und Mensen beschrieben. Die erfassten Emissionen sind im Zeitraum 2010 bis 2018 um etwa 40 % gesunken. Die Daten sind allerdings nicht nach einzelnen Ressorts aufgeschlüsselt.

2. *wie sich die von den Gebäuden des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen und die von den Gebäuden in dessen Geschäftsbereich verursachten CO₂-Emissionen in den vergangenen fünf Jahren entwickelt haben;*

Zu 2.:

Die in den Gebäuden des Geschäftsbereiches des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen verursachten CO₂-Emissionen lagen im Zeitraum 2016 bis 2019 bei rund 31.000 t/a. Die Auswertungen für das Jahr 2020 sind noch nicht abgeschlossen.

3. *wie sie den aktuellen energetischen Zustand der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude bewertet (bitte aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gebäuden);*

4. *inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren an den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden Maßnahmen zur energetischen Sanierung durchgeführt hat und inwiefern sie plant, solche Maßnahmen bis 2030 durchzuführen (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach den jeweiligen Gebäuden sowie nach Art der jeweiligen Maßnahme zur energetischen Sanierung und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);*

Zu 3. und 4.:

Die folgenden energetischen Sanierungsmaßnahmen wurden in den letzten fünf Jahren im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen umgesetzt:

Ort	Liegenschaft / Gebäude	Maßnahme	Jahr	Kosten in EUR
Freiburg	Polizeipräsidium	Fernwärme	2015	78.000
Freiburg	Regierungspräsidium	Fernwärme	2015	36.000
Freiburg	Regierungspräsidium	Fernwärme	2015	38.000
Schopfheim	Polizeirevier	Austausch Fenster	2015	95.000
Weil am Rhein	Polizeirevier	Austausch Fenster	2015	30.000
Durlach	Landespolizeidirektion	Umrüstung auf dezentrale Trinkwarmwasser-Bereitung	2015	7.000
Ludwigsburg	Polizei Ludwigsburg	Umstellung Öl auf Gas, neuer Gasbrennwertkessel, elektr. Pumpen, Verteiler neu	2015	103.000
Wiesloch	Polizei	Abdichtung der Fenster	2015	7.000
Überlingen	Polizeirevier	Erneuerung Heizkessel	2015	20.000
Biberach	Hochschule für Polizei (BEPO)	Virtueller Stromspeicher	2015	1.500.000
Biberach	Hochschule für Polizei (BEPO)	Energetische Sanierung, Geb. 18	2015	484.000
Mühlhausen-Ehingen	Autobahnpolizeirevier	Kesseltausch und BHKW	2016	171.000
Bad Säckingen	ZET-Einsatztraining	Kesseltausch	2016	21.000
Villingen-Schwenningen	Hochschule der Polizei	Optimierung Unterstationen Wärmeverteilung	2016	484.000
Mannheim	Polizeipräsidium	Austausch Heizungsumwälzpumpen, Umstellung FW-Anschluss, Dämmung Heizungsleitungen, Umstellung TWWB auf dezentral, Optimierung RLT-Anlage (Regelung, FU inkl. Ventilator, WRG)	2016	400.000

Ort	Liegenschaft / Gebäude	Maßnahme	Jahr	Kosten in EUR
Mannheim	Polizeirevier Mannheim-Käfertal	Austausch Fenster	2016	71.000
Weinheim	Polizeirevier	Austausch Heizungsumwälzpumpen	2016	12.000
Biberach	Hochschule für Polizei (BEPO)	Sanierung RLT + WRG, Gebäude 2-3	2016	k.a.
Biberach	Hochschule für Polizei (BEPO)	Energetische Sanierung Gebäude 15	2016	k.a.
Künzelsau	Polizeirevier	Hocheffizienzpumpen	2017	7.000
Karlsruhe	Bußgeldstelle	Dämmung oberste Geschossdecke	2017	90.000
Karlsruhe	Regierungspräsidium Karlsruhe	Austausch RLT-Anlage Meidingersaal	2017	255.000
Reutlingen	Polizeipräsidium	Sanierung Heizzentrale und Unterstationen	2017	237.000
Tübingen	Regierungspräsidium/Polizeipräsidium	Einrichtung von BHKW 1. BA	2017	622.000
Freiburg	Polizeipräsidium	Einbau Führungs- und Lagezentrum	2018	3.600.000
Tauberbischofsheim	Polizeirevier	Austausch 2x Heizkessel neu: Gas-Brennwertkessel, 350 kW insgesamt	2018	48.000
Tauberbischofsheim	Polizeipräsidium Heilbronn, Verkehrskommissariat Tauberbischofsheim	Umstellung der Heizung von Öl- auf Gasfeuerung	2018	8.000
Wertheim	Regierungspräsidium Stuttgart	Austausch Dachflächenfenster; Einbau von Isolierglasfenstern Holz/ Alu	2018	14.000
Karlsruhe	Polizeirevier am Marktplatz	Dachsanierung	2018	72.000
Wehingen	Polizeiposten	Einbau einer Brennstoffzelle	2018	35.000
Stockach	Behördenzentrum und Polizei	Umstellung Gaskessel auf Fernwärme	2018	6.000
Konstanz	Polizeipräsidium	Einbau BHKW, Erneuerung Heizung (Kessel, MSR, etc.)	2018	595.000
Böblingen	Hochschule für Polizei	Gebäude 43, Erneuerung Trinkwassererwärmung 150 kW	2018	25.000
Böblingen	Kriminalpolizeidirektion	Austausch der Heizungspumpe	2018	3.000
Leonberg	Kriminalpolizei Außenstelle	Ersatz einer Kombigastherme durch ein Gasbrennwertgerät	2018	9.000
Stuttgart	Polizei-Hubschrauberstaffel	Erneuerung einer Kältemaschine für eine zentrale RLT-Anlage	2018	9.000

Ort	Liegenschaft / Gebäude	Maßnahme	Jahr	Kosten in EUR
Stuttgart	Polizeihubschrauberstaffel	Erneuerung Pumpenaggregate für Vorfeld-Freiflächenheizung	2018	15.000
Stuttgart	Polizeihubschrauberstaffel	Erneuerung Raumbediengeräte zur Regelung der zentralen Lüftungsanlage i. V. m. Heizkörpern	2018	3.000
Nürtingen	Polizeirevier	Erneuerung Heizungsumwälzpumpe	2018	4.000
Nürtingen	Polizeihundeführerstaffel	Erneuerung der Wärmeerzeugung inkl. Verteilern	2018	66.000
Baiersbronn	Polizeiposten	Fenster erneuert	2018	54.000
Langenargen	Polizeiposten	Umstrukturierung OG, DG Sanierung Fassaden und Dach	2018	245.000
Stuttgart	Regierungspräsidium	Austausch Beleuchtungskörper in LED in Sanitärräumen, Teeküchen, Fluren; 560 Leuchten	2018	82.000
Stuttgart	Regierungspräsidium	Austausch Beleuchtungskörper in LED.-Technik in Treppenhäusern; 115 Leuchten	2018	37.000
Tübingen	Regierungspräsidium/ Polizeipräsidium	Einrichtung von BHKW 2. BA	2018	311.000
Tauberbischofsheim	Verkehrskommissariat	Austausch Mastleuchten im Außenbereich und Leuchten im Dienstgebäude	2019	33.000
Tauberbischofsheim	Polizeirevier	Austausch Fassadenbeleuchtung	2019	15.000
Heilbronn	Polizeipräsidium	Neubau ZET einschl. Raumschießanlage	2019	550.000
Bruchsal	Polizeipräsidium Einsatz	Erneuerung Heizzentrale und BHKW, Einbindung Geothermie	2019	1.824.000
Burladingen	Polizeiposten	Sanierung mit energetischem Anteil, Umstellung Öl auf Pellets	2019	150.000
Villingen-Schwenningen	Hochschule der Polizei	LED-Beleuchtung	2019	138.000
Ostfildern-Kemnat	Polizeireiterstaffel	Kesseltausch Gasbrennwert	2019	47.000
Esslingen	Einsatztrainingszentrum der Polizei	Fernwärmeanschluss und Erneuerung der Trinkwassererwärmung	2019	46.000
Esslingen	Kriminalpolizeidirektion	Erneuerung der Wärmeerzeugung	2019	149.000

Ort	Liegenschaft / Gebäude	Maßnahme	Jahr	Kosten in EUR
Ravensburg	Polizeiareal Seestr./ Rudolfstr.	Sanierung Dach an einem Gebäude und Sanierung oberste Geschossdecke an zwei Gebäuden	2019	170.000
Isny	Polizeirevier	Umstellung alter Ölkessel auf Gas-Brennwertkessel	2019	17.000
Stuttgart	Landeskriminalamt/ Landesamt für Verfassungsschutz	Fassadensanierung, Dachsanierung	2019	12.000.000
Reutlingen	Polizeirevier	Sanierung Dusche/WC	2019	3.000
Lahr	Hochschule für Polizei	Kesseltausch (Einbau Gas-Brennwert (2,2 MW), Hack-schnitzel (800 kW), BHKW (700 kW)), Umstellung auf de-zentrale WW-Bereitung, Einbau flächendeckender GLT, Einbau Photovoltaik, Umstellung Kü-che von Dampf auf Strom, energetische Sanierung Heiz-zentrale	2020	4.770.000
Freiburg	Polizeiposten Rieselfeld	Leuchtentausch LED	2020	3.000
Freiburg	Polizeipräsidium	Leuchtentausch LED, Außen-beleuchtung	2020	8.000
Freiburg	Polizeirevier FR-Nord	Leuchtentausch in der Wache auf LED HCL Technik	2020	11.000
Freiburg	Regierungspräsidium, Bertoldstr. 43	Pumpentausch	2020	9.000
Waldkirch	Polizeirevier	Fenster Erneuerung	2020	184.000
Freiburg	CVUA, Kriminalpolizei, Polizeiareal Umkirch, HS Kehl	Energieeinsparcontracting Ge-bäudepool Los 1	2020	1.913.000
Schwäbisch Hall	Polizeirevier	Ersatzneubau Polizeirevier	2020	995.000
Mühlhausen-Ehingen	Verkehrskommissariat	Teilerneuerung Lüftungsanlagen und Fenster (im Rahmen von Sanierung Brandschutz und Sicherheit)	2020	70.000
Villingen-Schwenningen	Hochschule der Polizei	Erneuerung Beleuchtung (LED) Waffenreinigung	2020	5.000
Triberg	Polizeiposten	Heizungserneuerung und Dachdämmung (EnEV -20%)	2020	40.000
Blumberg	Polizeiposten	Erneuerung Fenster (Nord)	2020	69.000
Konstanz	Wasserschutzpolizei	Sonnen-/Wärmeschutzfolie	2020	4.000
Heidelberg	Polizeirevier Heidelberg-Süd	Austausch Gaskessel	2020	22.000

Ort	Liegenschaft / Gebäude	Maßnahme	Jahr	Kosten in EUR
Bad Herrenalb	Polizei-posten	Dämmung Fassade und Dach, Decke über Kellergeschoss, Fenstertausch nach Vorgabe Denkmalschutz Isolierverglasung; Optimierung Wärmeerzeuger	2020	374.000
Ravensburg	Polizeiareal Seestr./ Rudolfstr.	Umstellung Beleuchtung auf LED	2020	43.000
Wangen	Polizeirevier	Dämmung Dach	2020	30.000
Pfullendorf	Polizeirevier	Grundsanierung, Fassadensanierung, Fensteraustausch, Umstellung LED, Pumpenaustausch	2020	289.000
Stuttgart	Regierungspräsidium	Austausch Heizungsanlage	2020	200.000
Ulm	Polizeipräsidium	Einbau von LED-Leuchtmitteln	2020	4.000

Ziele und Maßnahmen zur energetischen Sanierung sind als wichtiges Handlungsfeld in dem von der Landesregierung am 18. Februar 2020 verabschiedeten Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften 2020 bis 2050 verankert. Der Inhalt des Konzeptes ist im Energiebericht 2020 der Staatlichen Vermögens- und Hochbauverwaltung Baden-Württemberg enthalten und kann unter nachfolgenden Link auf der Homepage des Ministeriums für Finanzen heruntergeladen werden:

<https://fm.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/energiebericht-2020-1/> .

Auch in den kommenden Jahren bilden Maßnahmen zur energetischen Sanierung einen Schwerpunkt bei den Landesbauaufgaben. Bei umfassenden Sanierungen sind energetische Optimierungen fester Bestandteil der jeweiligen Baumaßnahmen. Ergänzend werden energetische Sanierungsmaßnahmen in energetischen Sonderprogrammen und im Bauunterhalt durchgeführt. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird in den jeweiligen Haushaltsaufstellungsverfahren bzw. anhand der finanziellen Rahmenbedingungen verbunden mit der fachlichen Priorisierung entschieden.

Dem Ressortbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sind insgesamt ca. 1.185 landeseigene Gebäude zuzurechnen. Eine Darstellung des energetischen Zustands aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Gebäuden ist in der Kürze der Zeit nicht leistbar. Der energetische Zustand der Gebäude entspricht grundsätzlich den jeweiligen Baujahren beziehungsweise bei durchgeführter energetischer Sanierung dem Jahr der Sanierung. Ergänzend wird der Energieverbrauch an-

hand von Kennwerten ausgewertet und die energetische Qualität der einzelnen Gebäude beurteilt. Im Rahmen der Betriebsüberwachung werden Gebäudebegehungen durchgeführt, bei denen der Zustand der Gebäudesubstanz und die Betriebsführung der technischen Anlagen überprüft wird.

5. *soweit dies der Fall war: warum Sanierungen nur teilweise durchgeführt wurden, künftig also weitere Sanierungen notwendig sein werden (bitte unter Nennung der jeweiligen Gebäude und der voraussichtlichen Kosten und Mehrkosten);*

Zu 5.:

Bei umfassenden Generalsanierungen sind energetische Maßnahmen fester Bestandteil der jeweiligen Baumaßnahmen. In vielen Fällen sind jedoch bereits im Vorgriff auf Generalsanierungen energetische Sanierungsmaßnahmen sinnvoll und notwendig, insbesondere in Zusammenhang mit notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen. Die Nutzungsdauer der technischen Anlagen ist im Regelfall deutlich kürzer als die Nutzungsdauer von baulichen Anlagen. Sofern umfassende Generalsanierungen nicht absehbar oder nicht erforderlich sind, werden beispielsweise heizungs- oder raumluftechnische Anlagen regelmäßig als eigenständige Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahme erneuert. Dies kann auch auf bauliche Anlagen zutreffen, zum Beispiel im Fall einer Dachsanierung, die dann zusammen mit der Verbesserung der Wärmedämmung durchgeführt wird.

6. *inwiefern sie in den vergangenen fünf Jahren im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen neben Maßnahmen der energetischen Sanierung weitere Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen durchgeführt hat und die Fortsetzung solch weiterer Maßnahmen bis 2030 plant (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren, nach Art der jeweiligen Maßnahme und den jeweils hierdurch entstandenen bzw. kalkulierten Kosten);*

Zu 6.:

Seit Einzug des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen wurden im Gebäude Willy-Brandt-Straße 41 in Stuttgart folgende Maßnahmen zur Senkung des Energieverbrauchs umgesetzt:

Jahr	Maßnahme	Kosten
2016	sukzessive Beleuchtungsumstellung auf LED	8.000 EUR
2017	sukzessive Beleuchtungsumstellung auf LED	4.000 EUR
2017	Beschaffung einer Heizungsplanungssoftware zur Erstellung eines hydraulischen Abgleichs des Heizungssystems	12.000 EUR
2018	sukzessive Beleuchtungsumstellung auf LED	6.000 EUR
2018	Aufnahme des hydraulischen Netzes in die Software und Berechnung	intern
seit 2018	Einsatz von Multifunktionsgeräten, deren Herstellungsfirma einen nachhaltigen Beitrag zum Klimaschutz leistet	intern
seit 2018	Einsatz von klimaneutralen Tonern *)	intern
2019	Hydraulischer Abgleich des Heizungssystems nach den neu ermittelten Werten aus der Planung mit der beschafften Software	intern
2019 - 2020	Beleuchtungsumstellung auf LED im gesamten öffentlichen Bereich und in den Fluren	ca. 120.000 EUR

*) Alle CO₂-Emissionen, die bei Rohstoffgenerierung, Produktion, Verpackung, Transport und Verwertung der Toner entstehen, werden in einem Klimaschutzprojekt kompensiert. Innerhalb des Einsatzzeitraums konnten bisher beim Innenministerium bis zu 20,01 Tonnen CO₂ kompensiert werden.

Die Regierungspräsidien haben zudem u. a. folgende Maßnahmen umgesetzt:

Jahr	Maßnahme	Kosten
2018 bis 2020	Austausch der Beleuchtungskörper gegen LED-Technik in sämtlichen Fluren, Teeküchen, Sanitärräumen, Kantinenräumen, Treppenhäusern, Parkplätzen und teilweise in den Registraturen beim RP Freiburg	k.A.
2018 bis 2020	Austausch der Beleuchtungskörper gegen LED-Technik in sämtlichen Registraturen beim RP Tübingen	k.A.

Viele Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz wurden im Zuge der Mangelbeseitigung am Gebäude mit Hilfe vom Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg durchgeführt. Dies betrifft die Lüftungstechnik, die Heizungstechnik und die Kältetechnik. Dadurch konnte der Stromverbrauch von 2016 bis 2019 um rund 17 % gesenkt werden. Durch das vermehrte Arbeiten im Homeoffice ergab sich sogar eine Reduzierung von 33 % von 2016 bis 2020. Der Wärmeverbrauch hat sich seit 2016 von 843.360 kWh auf 589.040 kWh im Jahr 2020 um rund 43 % reduziert. Der Verbrauch betrug im Jahr 2019 601.010 kWh.

Das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen hat seit 2012 sechs Jahre lang am Energiemanagementprogramm nach DIN EN ISO 50001 teilgenommen und wurde auch entsprechend zertifiziert. Nach Auslaufen dieses Projektes werden das Prinzip und die Handlungsweise im Gebäudebetrieb fortgesetzt, jedoch ohne eine externe Zertifizierung. Die Fortsetzung von Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen ist geplant, diese erfolgen bei ohnehin anstehenden Betriebsoptimierungen oder Reparaturen der jeweiligen Anlagen.

Die Regierungspräsidien reduzieren ebenfalls mit diversen Maßnahmen ihren CO₂-Ausstoß. Diese gehen vom Einsatz von zentralen Netzdruckern bis hin zum Abschalten der Stromverbraucher bei Abwesenheit. Hierbei konnten z. B. beim RP Tübingen seit 2012 Einsparungen beim Energieverbrauch um ca. 30 % beim Heizungsverbrauch und um ca. 12 % beim Stromverbrauch erzielt werden. Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in regelmäßigen Veranstaltungen dafür sensibilisiert, selbst aktiv zur Senkung des Stromverbrauchs beizutragen. Alle vier Regierungspräsidien sind nach DIN EN ISO 50001:2018 zertifiziert. Eine weitergehende Erhebung im nachgeordneten Bereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen war in der gegebenen Zeit nicht möglich.

Zudem hat die Landesregierung unter der Federführung des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen in der ressortübergreifenden Digitalisierungsstrategie „digital@bw“ die umwelt- und klimapolitischen Ziele als eigenständiges Querschnittsthema unter dem Titel „Digitalisierung: Chance für Nachhaltigkeit und Energiewende“ benannt. Die dabei erzielten Fortschritte und Erfolge wurden zuletzt in dem im März 2020 erschienenen 2. Digitalisierungsbericht der Landesregierung dargestellt. Im Übrigen wird in diesem Zusammenhang auf die Antworten in der Drucksache 16/8370 verwiesen.

7. *inwieweit und ggf. in welcher Form sie angesichts der angespannten Haushaltssituation bei den unter den Ziffern 4 und 6 aufgeführten Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen eine Priorisierung der Maßnahmen vorsieht;*

Zu 7.:

Die Priorisierung von Baumaßnahmen erfolgt entsprechend baufachlichen und energetischen Dringlichkeiten sowie den Anforderungen der nutzenden Verwaltung. Die Sanierungs- und Modernisierungsbedarfe werden auf Grundlage der Priorisierung im Rahmen der verfügbaren finanziellen Mittel, die der Haushaltsgesetzgeber zur Verfügung stellt, sukzessive umgesetzt. Ergänzend wird auf das Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften 2020 bis 2050 verwiesen.

8. *inwiefern in den vergangenen fünf Jahren an oder auf den unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäuden welche Photovoltaikanlagen installiert wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Gebäude und Baujahr sowie der jährlichen Gesamtleistung der jeweiligen Photovoltaikanlage);*

Zu 8.:

Die folgenden Liegenschaften verfügen über Photovoltaik-Anlagen:

Gebäude	Baujahr	Leistung [kWp]
Polizeirevier Emmendingen	2020	29
Stuttgart, Am Mittelkai 62, Wasserschutzpolizei	2019	8
Polizeirevier Achern	2017	22
Autobahnpolizeirevier Kisslegg, Friedrich-List Str. 14	2016	7
Hochschule für Polizei, Vogesenstraße 22, Lahr	2020	100

9. *an oder auf welchen der unter Ziffer 2 aufgeführten Gebäude ihrer Kenntnis nach Photovoltaikanlagen ökonomisch und ökologisch sinnvoll realisiert werden können (mit Angabe der bis 2030 geplanten Installationen);*

Zu 9.:

Der Gesamtumfang der grundsätzlich geeigneten Flächen von Landesliegenschaften wurde in enger Zusammenarbeit zwischen dem Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg und der LUBW Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg ermittelt. Hierbei wurde der Potentialatlas Regenerative Energien der LUBW genutzt. Darauf aufbauend erfolgen laufend weitere Untersuchungen der grundsätzlich geeigneten Flächen. Dazu müssen die jeweiligen Flächen unter anderem auf statische Eignung sowie einen eventuellen Sanierungsbedarf untersucht werden. Die nach Prüfung geeigneten Dächer werden regelmäßig in Bauprogramme überführt und mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet. Hinzu kommen Photovoltaik-Anlagen, die in Zusammenhang mit Neubauten errichtet werden.

Das oben beschriebene Verfahren wird auch für den Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen angewandt. Aktuell stehen im Ressortbereich die folgenden Maßnahmen zur Errichtung von Photovoltaik-Anlagen an:

- Autobahnpolizeirevier Walldorf
- Eichamt Heilbronn
- Hochschule Polizei Herrenberg
- Kriminalpolizei Heidelberg
- Wasserschutzpolizei Mannheim
- Polizeirevier Neckargemünd

10. *welchen prozentualen Anteil an den CO₂-Gesamtemissionen des Geschäftsbereichs des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen der Fuhrpark und die Dienstreisen des Ministeriums selbst ausmachen (mit Angabe der Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren);*

Zu 10.:

Die CO₂-Emissionen des Fuhrparks aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sind wie folgt:

Jahr	CO₂-Ausstoß (g/km)
2016	122,75
2017	122,07
2018	124,05
2019	113
2020	103

Für Flugreisen des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen ergeben sich folgende Werte für die Klimaabgabe:

Jahr	CO₂-Ausstoß (Tonnen)
2016	67,73
2017	68,67
2018	77,31
2019	126,62
2020	22,46

Eine CO₂-Gesamtemission des Geschäftsbereichs liegt nicht vor, daher kann auch ein prozentualer Wert nicht ermittelt werden.

11. *inwiefern im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen sowie in dessen Geschäftsbereich bisher ein Energiemanagement etabliert wurde und welche Erkenntnisse die Landesregierung ggf. hieraus bisher hat;*

Zu 11.:

Das Energiemanagement im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen erfolgt entsprechend den für Landesliegenschaften eingeführten Vorgaben. Relevant in diesem Zusammenhang sind insbesondere die "Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Bereitstellung und Bewirtschaftung von Dienstgebäuden, Diensträumen und Dienstgrundstücken" (VwV Liegenschaften) und die "Verwaltungsvorschrift des Finanz- und Wirtschaftsministeriums zum Betrieb energieverbrauchender Anlagen in von Landesbehörden und Landeseinrichtungen genutzten Gebäuden" (VwV Betriebsanweisung Energie).

Die Reduzierung von Energieverbrauch und -kosten sowie die Senkung von Umweltbelastungen beim Betrieb der Landesliegenschaften unter Einhaltung der Nutzungsbedingungen sind zentrale Ziele des Energiemanagements. Einen Großteil der hierzu notwendigen Aufgaben erledigen die nutzenden Verwaltungen im Rahmen ihrer Pflichten als Betreiber der Gebäude. Dazu gehört, Mehrverbräuche durch ein systematisches Controlling rechtzeitig zu erkennen und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Der Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg unterstützt diesen Prozess im Rahmen der jeweiligen personellen Möglichkeiten fachkundig, indem im Bereich der Betriebsüberwachung Gebäudebegehungen durchgeführt, technische Anlagen und die Betriebsführung überprüft sowie mögliche Betriebsoptimierungen identifiziert werden. Um optimale Ergebnisse zu erreichen, ist der Betrieb der technischen Anlagen möglichst genau an die Nutzung anzupassen. Das Ministerium des Inneren, für Kommunen und Digitalisierung verfügt über fachkundiges technisches Betriebspersonal. Um den hierzu notwendigen Technischen Sachverstand weiteren nutzenden Dienststellen zu vermitteln, führt Vermögen und Bau Baden-Württemberg Schulungen für Betreuer haustechnischer Anlagen durch.

Darüber hinaus wurden bei den Ministerien als auch teilweise im nachgeordneten Bereich zertifizierte Energiemanagementsysteme eingeführt. Auf Grundlage der daraus gewonnenen Ergebnisse wird das Energiemanagement in Landesliegenschaften in enger Abstimmung mit den nutzenden Verwaltungen systematisch verbessert.

12. inwiefern sie die bisher ergriffenen Maßnahmen zur Reduktion der CO₂-Emissionen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen als ausreichend erachtet, um dem von ihr selbst gesetzten Ziel der klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 gerecht zu werden.

Zu 12.:

Mit dem am 18. Februar 2020 von der Landesregierung beschlossenen Energie- und Klimaschutzkonzept für landeseigene Liegenschaften 2020 bis 2050 liegen CO₂-Einsparziele und konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung vor. Der Landesbetrieb Vermögen und Bau überprüft laufend, in welchen Bereichen Ziele und Maßnahmen des Konzepts weiterentwickelt und fortgeschrieben werden können.

Insbesondere im Zuge der zurzeit laufenden Novellierung des Klimaschutzgesetzes wird eine Fortschreibung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes für landeseigene Liegenschaften geprüft. Dies gilt auch für Maßnahmen im Geschäftsbereich des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gisela Splett
Staatssekretärin